

Ausschuß für Innere Verwaltung

Protokoll

38. Sitzung (nicht öffentlich)

29. April 1993

Hauptfeuer- und Rettungswache

Wuppertal

10.30 Uhr bis 12.55 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Reinhard (Gelsenkirchen) (SPD)

Stenographin: Zinner

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

Besichtigung der Feuerwache und Diskussion

1

Vor Eintritt in die Tagesordnung

2

1 Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 11/5042

5

Diskussion mit LMR Kunz (IM) und StS Riotte (IM).

Die Behandlung des Gesetzentwurfs wird auf Bitte des Abgeordneten Frechen (SPD) auf die nächste Sitzung vertagt, da in seiner Fraktion noch Beratungsbedarf besteht.

2 Entwurf einer Elften Verordnung zur Änderung der BeihilfenverordnungVorlage 11/1907
Zuschrift 11/2295

7

Der Ausschuß nimmt die Vorlage zustimmend zur Kenntnis (gegen die Stimmen der CDU, bei Abwesenheit der Vertreterin der F.D.P. und des Vertreters der GRÜNEN).

3 Diskriminierung von unverheirateten Personen und von Beamtinnen im Erziehungsurlaub durch Verordnungen des Landes aufhebenAntrag der Fraktion DIE GRÜNEN
Drucksache 11/4295

Dieser Tagesordnungspunkt wird wegen Abwesenheit des Antragstellers vertagt.

4 Entwurf einer Zehnten Verordnung zur Änderung der Laufbahnverordnung

Vorlage 11/2003

8

Diskussion mit LMR Kunz (IM) und Innenminister Dr. Schnoor.

Der Ausschuß nimmt die Vorlage zustimmend zur Kenntnis (bei Abwesenheit der Vertreterin der F.D.P. und des Vertreters der GRÜNEN).

5 Aufenthaltsrecht für Vertragsarbeitnehmer und -arbeitnehmerinnen aus der ehemaligen DDRAntrag der Fraktion DIE GRÜNEN
Drucksache 11/4032

Dieser Tagesordnungspunkt wird wegen Abwesenheit des Antragstellers vertagt.

6 Gefahrguttransporte auf den Straßen Nordrhein-Westfalens - Konzept zum effektiveren Einsatz der Polizei bei der Kontrolle von gefährlichen Gütern auf den StraßenAntrag der Fraktion der CDU
Drucksache 11/2695
Vorlage 11/1216

10

PHK Niehues und POK Henning von der Höheren Landespolizeischule demonstrieren ein neuentwickeltes System für Gefahrgutkontrollen und beantworten Fragen der Abgeordneten.

An der Diskussion beteiligen sich Innenminister Dr. Schnoor und LPD Melchers (IM).

Auf Antrag der Fraktion der CDU soll im Ausschuß noch ein Sachverständigengespräch zu diesem Thema geführt werden, ehe über den Antrag entschieden wird.

7 Ausgewogene Gesamtkonzeption zur Verwirklichung einer leistungsgerechten Besoldung der Polizei in Nordrhein-WestfalenAntrag der Fraktion der CDU
Drucksache 11/5053

17

Diskussion mit Innenminister Dr. Schnoor.

Der Ausschuß einigt sich darauf, über den Antrag zu entscheiden, nachdem der Nachtragshaushalt eingebracht worden ist.

8 Einsatz der Polizei in Nordrhein-Westfalen im Kampf gegen den Handel mit ausländischen Mädchen und Frauen

Auf Wunsch des Abgeordneten Paus (CDU) kommt der Ausschuß überein, den dazu vom Innenminister angekündigten Bericht schriftlich zu erhalten und das Thema auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu nehmen.

- kein Diskussionsprotokoll -

9 Abschiebung rechtskräftig abgelehnter Asylbewerber

Auf Antrag der Fraktion der CDU

19

Kurze Diskussion mit Innenminister Dr. Schnoor und StS Riotte.

Der Ausschuß kommt überein, sich in der nächsten Sitzung ausführlich mit diesem Thema zu befassen.

10 Verschiedenes

21

Nächste Sitzung: 17. Juni 1993

* * *

1 Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/5042

Abgeordneter Frechen (SPD) bittet, die Behandlung dieses Gesetzentwurfs zurückzustellen, da in seiner Fraktion noch Beratungsbedarf bestehe. In diese Diskussion werde auch der Antrag der Fraktion der CDU betreffend Einstellung ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger als Polizeibeamte einbezogen.

Abgeordneter Paus (CDU) äußert, seine Fraktion habe sich bekanntlich öffentlich dafür ausgesprochen, Polizeibeamte ausländischer Herkunft einzustellen. Der Bundesinnenminister überlege sogar, über EG-Ausländer hinaus, die bereits jetzt Polizeibeamte werden könnten, ausländische Staatsbürger einzustellen. Darüber gebe es aber durchaus abweichende Meinungen. Seine Fraktion bitte daher um eine Stellungnahme des Innenministers zum Thema Beamte ausländischer Herkunft oder ausländische Staatsbürger in der Polizei in der nächsten Ausschusssitzung.

In der Bereitschaftspolizei seien mit Beamten ausländischer Herkunft bereits Erfahrungen gemacht worden, die, wie er gehört habe, durchwachsen seien. Auch darüber sollte der Innenminister berichten. Er kündigt für seine Fraktion einen Antrag auf Erleichterungen, zum Beispiel die Möglichkeit, nach Pensionierung als Beamter tätig zu sein, an, und erklärt sich mit der Vertagung einverstanden.

Vorsitzender Reinhard gibt zu bedenken, daß sich die Verabschiedung des Gesetzentwurfs verzögere, wenn es mit dieser Materie befrachtet werde.

Leitender Ministerialrat Kunz (Innenministerium) legt dar, der Bund habe die Umstellung der beamtenrechtlichen Normen im Hinblick auf Artikel 48 Abs. 4 EWG-Vertrag noch nicht abgeschlossen. Er habe einen Gesetzentwurf vorgelegt, über den noch beraten werde. Dessen Ziel sei, das Beamtenverhältnis für EG-Staatsangehörige zu öffnen. Der Innenausschuß des Bundestags habe zu diesem Thema eine Anhörung beschlossen; diese stehe noch bevor.

Im Ergebnis werde dies zur Änderung des Beamtenrechtsrahmengesetzes führen, an das auch die Landesbeamtenengesetze angepaßt werden müßten. Diese Anpassung habe im vorliegenden Gesetzentwurf der Landesregierung noch nicht vorgenommen werden können, da der endgültige Text der Vorschläge des Bundes noch nicht feststehe. In Kürze werde deshalb dazu ein neuer Gesetzentwurf vorgelegt. Gegenstand werde darin im übrigen auch die Frage der Anerkennung von EG-Diplomen sein.

Staatssekretär Riotte (Innenministerium) sagt, der Innenminister sei gleichwohl an einer zügigen Beratung und Verabschiedung der vorliegenden Novelle interessiert, denn sie enthalte politisch bedeutsame Themen, zum Beispiel frauenpolitische Erleichterungen und gleichstellungsbezogene Ausgleichsmaßnahmen bei Verzögerungen durch Geburt oder Pflege eines Kindes.

Die EG-Normen würden in der Frage, ob Polizeibeamte eingestellt werden könnten, so gut wie keine zusätzlichen Erkenntnisse erbringen, denn dieser Bereich gehöre nach allgemeiner Auffassung der EG selbst bei weiter Interpretation des Artikels 48 EWG-Vertrag zu den hoheitlichen Aufgaben; die Einstellung von Ausländern könne hier nicht generell freigegeben werden. Für die Fälle, deren Einstellung in der Zwischenzeit sinnvoll oder notwendig erscheine, enthalte das geltende Recht schon hinreichende Ausnahmemöglichkeiten.

Abgeordneter Frechen (SPD) merkt grundsätzlich an, daß mit diesem Gesetzentwurf schon wieder ein Thema auf die Tagesordnung genommen worden sei, das vertagt werden müsse. Im Hinblick auf den nächsten auf der Tagesordnung stehenden Punkt sei vereinbart worden, daß der Antragsteller, Herr Appel, mit dem Ausschußvorsitzenden Kontakt aufnehme, was jedoch nicht geschehen sei. Er rege an, daß künftig die Tagesordnung in Abstimmung mit dem Ausschußbüro erstellt werde, damit sie nicht immer wieder nur halb abgearbeitet werde.

Vorsitzender Reinhard sagt dazu, der nächste Tagesordnungspunkt müsse verschoben werden, weil er Abgeordneten Appel einfach nicht erreicht habe. Im übrigen befürchte er, daß keine Tagesordnung mehr zustande komme, wenn vor der Aufstellung alle Fraktionen konsultiert werden müßten.

Auf den Vorschlag des **Abgeordneten Paus (CDU)**, die auf der Tagesordnung stehenden Anträge der GRÜNEN trotz Abwesenheit deren Vertreters abzuhandeln,

erwidert **Vorsitzender Reinhard**, der Ausschuß handelte sich dadurch eine Rüge des Ältestenrates ein, denn laut einer Verfügung der Präsidentin dürfe bei auswärtigen Sitzungen nur einvernehmlich abgestimmt werden.

2 Entwurf einer Elften Verordnung zur Änderung der Beihilfenverordnung

Vorlage 11/1907
Zuschrift 11/2295

Abgeordneter Frechen (SPD) äußert, seine Fraktion habe sich, obwohl sie in der Sache schon einen positiven Beschluß gefaßt habe, nach dem Sachverständigengespräch noch einmal mit dieser Materie befaßt und sich dafür ausgesprochen, dem Vorschlag des Finanzministers zuzustimmen.

Abgeordneter Dr. Lichtenberg (CDU) erwidert, er sei über diese Haltung der SPD-Fraktion erstaunt, denn nach der Anhörung habe er den Eindruck gehabt, daß sie sich um einiges bewegt habe. Da neue Sachargumente von keiner Seite mehr zu erwarten seien, kündige er an, daß seine Fraktion der Vorlage nicht zustimmen werde.

Abgeordnete Schmid (SPD) merkt an, sie habe der neuen Beihilfenverordnung anfangs sehr kritisch gegenübergestanden, habe sich nach der letzten Ausschußsitzung noch einmal intensiv mit ihr beschäftigt, auch Rechenbeispiele herangezogen, und daraufhin die Überzeugung gewonnen, daß die Verhältnismäßigkeit der Mittel gewahrt sei und gegen die Änderung keine Bedenken mehr zu bestehen bräuchten.

Ministerialdirigent Jeske (Finanzministerium) hebt hervor, nach § 88 des Landesbeamtengesetzes müsse der Ausschuß nicht zustimmen, es genüge die Herstellung des Benehmens.

Er erinnere daran, daß eine Kostendämpfung nicht nur in der Beihilfe, sondern auch in der gesetzlichen Krankenversicherung stattgefunden habe und daß der Bundestag die Bundesregierung und die Länder einstimmig aufgefordert habe, in ihrem Beihil-